

Düsseldorf, Samstag 24. Januar 1971

Sprecher: Barzel, [Brauksiepe], Schröder.

Vorbereitung des Bundesparteitags. Bericht Dr. Gerhard Schröders über seine Moskau-Reise. Bericht Dr. Rainer Barzels über seine Warschau-Reise.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS

Der Bundesvorstand nimmt die Vorschläge des Präsidiums für die personelle Besetzung des Parteitagspräsidiums und der Antragskommission sowie den Vorschlag des Zeitplans für die Programmdiskussion einstimmig an. Auf Anregung von Frau Brauksiepe wird in das Parteitagspräsidium zusätzlich Frau Pieser aufgenommen.

Vorschläge des Präsidiums (Sitzung am 20. Januar 1971) an den Bundesvorstand für den Ablauf des 18. Bundesparteitages 25.–27. Januar 1971 in Düsseldorf

1. Präsidium des Parteitages:

Präsident: Heinrich Köppler; Stellvertreter: Frau Becker-Döring¹; Mitglieder: Dr. Alfred Dregger, Dr. Georg Gölter², Wilfried Hasselmann, Peter Lorenz, Adolf Müller (Remscheid), Heinrich Windelen, Dr. Manfred Wörner.

2. Mitglieder der Antragskommission:

Vorsitzender: Dr. Bruno Heck; Stellvertreter: Dr. Rüdiger Göb; Mitglieder: Ernst Benda, Irma Blohm, Professor Dr. Walter Braun, Bernhard Brinkert³, Professor Dr. Fritz Burgbacher, Jürgen Echternach, Dr. Heinrich Geißler, Dr. Baptist Gradl, Frau Griesinger, Leisler Kiep, Dr. Konrad Kraske, Egon Lampersbach, Gerd Langguth⁴,

1 Dr. Ilse Becker-Döring (1912–2004), Rechtsanwältin und Notarin; 1966–1972 Erste Bürgermeisterin in Braunschweig (CDU), 1970–1978 MdL Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 177 Anm. 7.

2 Dr. Georg Gölter (geb. 1938), Gymnasiallehrer; 1958 JU, 1965–1971 Landesvorsitzender der JU Rheinland Pfalz, 1967–1969 Referent für Grundsatzfragen im Büro von Kultusminister Bernhard Vogel, 1968–1977 Vorsitzender des KV Speyer, 1969–1977 MdB, 1975–1979 Vorsitzender des BV Rheinhessen-Pfalz, 1977–1979 Minister für Soziales, Gesundheit und Sport, 1979–1981 für Soziales, Gesundheit und Umwelt, 1981–1991 für Kultus, 1979–2006 MdL Rheinland-Pfalz.

3 Bernhard Brinkert (geb. 1930), Betriebsdirektor; 1957 CDU, ab 1961 Mitglied des Rates der Stadt Bottrop, 1980–1990 MdL Nordrhein-Westfalen.

4 Dr. Gerd Langguth (geb. 1946), Politikwissenschaftler; 1970–1974 Bundesvorsitzender des

Dr. Carl Otto Lenz⁵, Dr. Berthold Martin, Dr. Werner Marx, Dr. Heinz Riesenhuber, Dr. Günter Rinsche, Dr. Burkhard Ritz, Dr. Thomas Ruf⁶, Hermann Russe, Dr. Manfred Schäfer, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Josef Stingl, Dr. Bernhard Vogel, Friedrich Vogel, Wolfgang Vogt, Frau Dr. Walz, Frau Dr. Wolf⁷, Dr. Richard von Weizsäcker, Olaf von Wrangel.

3. Zeitplan für die Diskussion:

Montag, 25. 1.	14.30–16.00 Uhr	Präambel und Gliederung (hierzu liegen 26 Anträge vor)
	16.00–21.00 Uhr	Kapitel II (Ziffer 27–60) (290 Anträge)
Dienstag, 26. 1.	10.00–13.00 Uhr	Kapitel III (Ziffer 61–103) (289 Anträge)
	15.00–18.00 Uhr	Kapitel IV (Ziffer 104–126) (179 Anträge)
	18.00–Schluß	
Mittwoch, 27. 1.	9.00–Mittag	Kapitel I (Ziffer 1–26) (156 Anträge)
	14.00 Uhr	Schlußrede des Parteivorsitzenden
	ca. 15.00 Uhr	Pressekonferenz

BERICHT DR. GERHARD SCHRÖDERS ÜBER SEINE MOSKAU-REISE

Schröder: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, das, was ich auf dieser Moskau-Reise erlebt habe⁸, so kurz wie möglich darzustellen. Aber es ist vielleicht ganz gut, drei Vorbemerkungen zu machen.

Zunächst einmal: Was war der wirkliche Anlaß für diese Reise? – Es war der gleiche, der mich auch bei den anderen Reisen, die ich in den vergangenen Monaten ge-

RCDS, 1976–1980 MdB, 1981–1985 Direktor der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1986/87 Staatssekretär für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, 1988–1993 Leiter der Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik, 1993–1997 Geschäftsführender Vorsitzender der KAS, seit 1996 Honorarprofessor an der Universität Bonn.

5 Dr. Carl Otto Lenz (geb. 1930), Jurist; 1957 CDU, 1959–1966 Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Straßburg und Luxemburg und von 1963–1965 der Christlich-Demokratischen Fraktion der Versammlung der WEU in Paris, 1965–1984 MdB, 1984–1997 Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, 1990–1998 Honorarprofessor für das Fachgebiet „Europarecht“ an der Universität des Saarlandes.

6 Thomas Ruf (1911–1996), Diplom-Volkswirt; 1953–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 943 Anm. 27.

7 Dr. Erika Wolf (1912–2003), Juristin; 1945 CDU Potsdam, 1946–1950 Stadtverordnete in Potsdam, 1950 Flucht in den Westen, 1954–1965 Tätigkeit bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung, 1965–1976 MdB.

8 Schröder hielt sich vom 13. bis zum 20. Januar 1971 in Moskau und Leningrad auf. Vgl. Zeitungsberichte über die Reise in ACDP 01–483–236/1; Reiseroute in ACDP 01–483–188/2; GRAU S. 161.

macht habe, bewegt hat, nämlich die politischen Hauptakteure an Ort und Stelle, sozusagen an den Orten ihrer Taten und ihrer Tätigkeit zu sehen, zu erleben und dort mit ihnen zu diskutieren, um daraus zu lernen. Das ist das eine. Das zweite, worauf ich vorweg hinweisen möchte, ist die Tatsache, daß wir uns derzeit in der Opposition befinden, und darüber denke ich so: Eine Regierung kann jeweils nur die Politik betreiben, die durch ihre eigene Mehrheit gedeckt ist. Es ist vielleicht eine Banalität, dies festzustellen, aber manche geraten in Gefahr, dies gelegentlich zu vergessen. Die Opposition ist weder Notaggregat, noch Hilfstruppe, noch Reservetruppe der Regierung, sondern die Opposition hat ihre bestimmten und selbständigen Aufgaben. Meine dritte Vorbemerkung ist die: Es ist für mich, wie wahrscheinlich für uns alle hier, nur eine Selbstverständlichkeit, daß wir alles, was wir vortragen, auf dem Boden der Beschlüsse vortragen, die wir einstimmig gefaßt haben. Das möchte ich gerne vorwegsagen, damit wir keine Diskussion haben, die diese Gesichtspunkte außer acht ließe. Ich habe gerade von drei Vorbemerkungen gesprochen. Ich würde aber gerne noch eine vierte machen. Ich glaube, es ist klar und notwendig – und das sehe ich eigentlich als die entscheidende Aufgabe der Deutschen in diesem Stadium ihrer Geschichte an –, draußen nicht zu verschweigen, daß wir unser Land lieben. Dies ist mehr oder weniger auch eine Selbstverständlichkeit, aber wenn wir „unser Land“ sagen, dann meinen wir nicht einen Teil der Deutschen, sondern wir meinen alle Deutschen. Und das muß ganz klar zum Ausdruck kommen. Ich habe dem sowjetischen Ministerpräsidenten ganz klar gesagt, daß wir in dieser Frage denken wie ganz normale Patrioten; wie er auch natürlicherweise einer sei in seinem Lande, und das ist, glaube ich, ganz gut für unsere weitere Unterhaltung über die Probleme.

Ich habe eine Menge Leute gesprochen, am Rande und direkt, und ich will die Unterhaltungen, die ich geführt habe, ein bißchen zusammenfassen. Ich habe sowohl mit Herrn Semjonow⁹ gesprochen, der dem einen oder anderen von Ihnen in Erinnerung ist, als er – 1958 ist es, glaube ich, gewesen – hier mit uns in der Begleitung von Mikojan¹⁰ auf dem Petersberg zusammen war. Einer seiner Hauptmitarbeiter ist der kommende Botschafter in Bonn, Herr Falin¹¹. Den werden Sie ja auch in Kürze kennen-

9 Wladimir Semjonowitsch Semjonow (1911–1992), sowjetischer Politiker; 1938 KPdSU, 1940/41 Botschaftsrat an der Botschaft in Berlin, 1941/42 Leiter der Abteilung Zentraleuropa im Außenministerium, 1942–1945 Botschaftsrat an der Botschaft in Stockholm, 1949–1953 politischer Berater der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin, 1953 Botschafter in der DDR, 1954/55 Leiter der Abteilung Zentraleuropa im sowjetischen Außenministerium, 1955–1978 stv. Außenminister.

10 Anastas Iwanowitsch Mikojan (1895–1978), sowjetischer Politiker; 1923 Mitglied des ZK der KPdSU, 1926–1945 Volkskommissar, 1955–1964 stv. Ministerpräsident, 1964/65 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatspräsident). – Zum Besuch in Bonn vgl. PROTOKOLLE 2 S. 112 Anm. 9.

11 Dr. Valentin Michailowitsch Falin (geb. 1926), sowjetischer Diplomat und Politiker; 1950–1952 Tätigkeit bei der Sowjetischen Militäradministration bzw. Kontrollkommission in Deutschland, 1952 Eintritt in das Außenministerium, 1953 KPdSU, 1966–1968 Leiter der Zweiten Europäischen Abteilung (Großbritannien und Commonwealth) des Außenministeriums, 1968–1971 Leiter der Dritten Europäischen Abteilung (Deutschland), 1971–1978 Botschafter in Bonn, 1978–1983 stv. Leiter der Abteilung Internationale Information beim

lernen und ein eigenes Urteil über ihn gewinnen. Die anderen Unterhaltungen hatte ich mit Außenminister Gromyko, sowie mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin¹². Dabei lasse ich mal das Kapitel Wirtschaft und das Gespräch mit Außenhandelsminister Patolitschew¹³ ein bißchen beiseite.

Meine lieben Freunde, das wesentliche ist dies, daß wir nur dann verständlich sind, drinnen und draußen, wenn das, was wir sagen, möglichst einfach ist, möglichst – soweit es sich um Deutschland handelt – in Übereinstimmung mit den Empfindungen der Bevölkerung steht und von draußen verstanden werden kann, wenn irgend jemand bereit ist, sich in unsere Lage zu versetzen.

Die CDU/CSU – und ich sage dies zum Lobe der ganzen Bundestagsfraktion, von der ich ein Mitglied bin – hat sich sehr richtig verhalten. Ich will dabei eigentlich nur zwei Dinge besonders unterstreichen: Sie hat die EntschlieÙung vom 26. Mai 1970 gefaÙt¹⁴, die allen in Erinnerung ist, in der der Regierung nahegelegt wurde, die Berlin-Frage und die Verhandlungen der Vier Mächte über Berlin als einen Prüfstein für sowjetische Entspannungsbereitschaft zu nehmen. Das steht zum Schluß dieser EntschlieÙung drin. Das ist heute unverändert richtig. Und sie hat ganz konsequenterweise eine zweite Sache getan. Sie hat – irgendwann im August¹⁵ – ganz einmütig gesagt, daß sie es für ihre – erlauben Sie jetzt diesen Ausdruck von mir – patriotische Pflicht hält, die Regierung in dieser Frage der Herbeiführung einer befriedigenden Berlin-Regelung zu unterstützen. Das hat sie in der Zwischenzeit getan, das tut sie im Augenblick, das wird sie nach meiner festen Überzeugung morgen und übermorgen weiter tun. Und ich glaube, wir sollten das, was wir darüber gesagt haben, nicht in irgendeiner Weise beeinträchtigen oder verdunkeln, indem wir zahlreiche andere Erklärungen abgeben – unbeschadet dessen, daß jeder von uns sich nach seiner Individualität ausdrückt. Das ist sowieso selbstverständlich. Aber wir sollten unsere große Linie klarmachen, daß wir unser letztes Wort zur Bewertung des Moskauer Vertrags und des Warschauer Vertrags¹⁶ überhaupt erst dann sagen können, wenn der Augenblick dafür gekommen ist. Es ist für alle hier Anwesenden klar, welches dieser Augenblick ist. Und dann gibt es für uns nur eines: Unsere Entscheidung so zu treffen – im Lichte aller dann erkennbaren Umstände –, wie es das Interesse unseres Landes verlangt. Daraus ziehe ich jetzt einen – wie ich hoffe – Ihnen einleuchtenden Schluß, daß

ZK der KPdSU, 1983–1986 Korrespondent der „Iswestija“, 1988–1991 Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, 1992 Mitarbeiter des Instituts für Weltprobleme an der Universität Hamburg. Memoiren: Politische Erinnerungen. München 1993.

12 Alexej Nikolajewitsch Kossygin (1904–1980), sowjetischer Politiker; 1964–1980 Vorsitzender des Ministerrats. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 429 Anm. 19.

13 Nikolai Semjonowitsch Patolitschew (1908–1989), sowjetischer Politiker; 1950–1960 Erster Parteisekretär der Weißrussischen Sowjetrepublik, 1954–1958 Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten beim Unionssojwet, 1957/58 Erster stv. Außenminister der UdSSR, 1958–1985 Minister für Außenhandel.

14 Vgl. Nr. 9 Anm. 11.

15 Vgl. Nr. 9 Anm. 21. Vgl. auch GRAU S. 108–132.

16 Zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vgl. Nr. 9 Anm. 32. – Zum Warschauer Vertrag vgl. Nr. 12 Anm. 5.

es richtig war, wenn ich den größeren Teil meiner Diskussionen in Moskau, von Einzelheiten abgesehen, eben gerade auf die Frage einer befriedigenden Berlin-Regelung verwendet habe. Es ist nun einmal so, daß dieses Thema im Augenblick, dank der Vierer-Verhandlungen¹⁷ darüber, in ganz besonderer Weise im Vordergrund des Interesses steht.

Ich will den Versuch machen, Ihnen zu schildern, wie das Problem auf sowjetischer Seite gesehen wird. Zunächst einmal ist der sowjetischen Seite nicht sehr angenehm, daß sozusagen Berlin und die befriedigende Berlin-Regelung in einer Art von Junktim mit der Ratifizierung des Vertrages steht, sicherlich in keinem juristischen Junktim, aber in einem sachlichen Zusammenhang. Die sowjetische Seite hat andererseits eingesehen – nicht dank meines Besuches, sondern seit längerem –, daß die befriedigende Berlin-Regelung auch der Einleitung eines Ratifizierungsverfahrens vorangehen muß. Das ist so, das hat sie eingesehen, obwohl ihr das relativ unbequem ist, und ich meine – um daran gleich eine Schlußfolgerung zu knüpfen –, wir sollten an diesem Zusammenhang klar und uneingeschränkt festhalten, ohne daß es nötig ist, durch eine Überbetonung die schon vorhandene sowjetische Einsicht zu beeinträchtigen.

Nun kommt die Frage, was eigentlich die innere Meinung der Sowjetunion über dieses Problem ist. Meine Damen und Herren, etwas, was ich hier in aller Deutlichkeit aussprechen möchte, ist eben einfach dies: Das Berlin-Problem ist die permanente Demonstration und Dokumentation der Tatsache, daß die deutschen Probleme und das entscheidende deutsche Problem eben noch nicht gelöst sind und wahrscheinlich auch auf längere Zeit noch nicht gelöst werden können. Das erklärt, daß diese Frage sowohl für die Sowjets selbst, als für die Regierung in Ost-Berlin ein ganz besonderes Gewicht hat. Die Sowjets stützen sich nun darauf – ich will nicht die ganze juristische Aufmachung im einzelnen hier vorführen –, daß sie im Grunde mit den drei Westmächten über den rechtlichen Status West-Berlins übereinstimmen, und sie sind eigentlich der Meinung, daß wir in mancher Beziehung statuswidrig oder sozusagen statuserweiternd verfahren. Nun, was darauf zu sagen ist, ist im Grunde leicht nach unserer Argumentation. Wir haben gesagt und werden weiter sagen, daß man Realitäten nicht einfach nur danach beurteilen kann, ob sie einem gefallen – es gibt dann solche, die einem besser gefallen, und solche, die einem weniger gefallen –, sondern daß man die Realitäten eben nehmen muß nach ihrem Stand in dem Augenblick, in dem man den Versuch macht, eine entspanntere Situation herzustellen. Was heißt [das] praktisch? Das heißt auf West-Berlin bezogen, daß wir die Uhr nicht auf den Stand des Jahres soundso zurückstellen können, sondern wir müssen die Realitäten von West-Berlin so sehen, wie sie heute sind. Ich gebe z. T. wieder, was ich in Moskau dazu gesagt habe: Es gibt einen ganz entscheidenden und wichtigen Faktor dabei, und das ist der psychologische Faktor. Die psychologische Wirkung also, wenn in Berlin – ich habe das gelegentlich in dieser oder jener Unterhaltung gesagt – auch nur ein Bundesschild demontiert würde. Dann würde das herumerzählt werden, und die Leute würden sagen: Die packen die Koffer und wir müssen die Koffer auch packen oder jedenfalls, wir werden uns darauf

17 Vgl. Nr. 9 Anm. 59.

vorbereiten. – Das ist das, was ich unter der psychologischen Auswirkung einer Demontage der Bundespräsenz verstehe. Nun kommen die Sowjets in der Bewertung des Vertrages natürlich nicht auf dieselben Betrachtungen wie wir. Aber vielleicht ist es erwähnenswert, daß sie drei Dinge gesagt haben:

1. Über diese Sache wird schon sehr lange verhandelt. Damit meinen sie unsere Denkschrift an die sowjetische Regierung zur Deutschland- und Berlin-Frage vom 21. Februar 1962 in Beantwortung eines sowjetischen Memorandums zu den gleichen Fragen vom 27. Dezember 1961.¹⁸

2. Es ist besonders Gromyko gewesen, der das stark betont hat: Dies sei ein Vertrag, den sie nicht nur abgeschlossen haben würden mit einer sozialdemokratisch geführten, aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten bestehenden Regierung, sondern auch mit jeder anderen Bundesregierung. – Wie Sie das bewerten, ist Ihre Sache. Ich erzähle Ihnen das nur, damit man mal die Argumente und Betrachtungen kennt, die es in Moskau zu diesem Komplex gibt.

3. Sie heben hervor, der Vertrag enthalte keineswegs alles, was sie sich vorgestellt hätten und betonen, sie hätten ihrerseits Konzessionen gemacht. Sie sind der Meinung, daß die Entscheidung, die sie mit ihrer Unterschrift am 12. August 1970¹⁹ dann getroffen haben, keineswegs eine auf ihrer Seite unumstrittene Sache gewesen sei und weisen darauf hin, auch sie hätten erst noch eine Ratifizierung vorzunehmen, und auch sie müßten in den zuständigen Gremien ihre Gründe für den Vertragsabschluß darlegen. Das ist das eine.

Meine Damen und Herren, diese Argumente referiere ich hier nur, ohne sie zu debattieren. Dazu werden wir noch ausreichend Gelegenheit haben.

Ich komme nochmals auf die sowjetische Einstellung speziell zum Berlin-Problem. In einer der Unterhaltungen wurde z. B. gesagt, daß die Sowjets heute über die wirtschaftlichen und finanziellen Verbindungen West-Berlins mit der Bundesrepublik anders sprächen, als sie etwa 1959/60 darüber gesprochen hätten. Ja, es wurde ziemlich wörtlich gesagt, man sei ganz sicher, daß das, was heute von sowjetischer Seite in der Berlin-Frage vorgeschlagen werde, damals 1959/60 den lebhaftesten Applaus von allen Seiten ausgelöst haben würde. Wir wollen nicht darüber streiten, ob das nun richtig ist oder nicht. Aber es ist ja wichtig, die Vorstellungen anderer zu kennen oder mindestens die Art und Weise, wie argumentiert wird.

Ich will nun einen Strich unter diesen Teil der Unterhaltung machen, und dabei ist dies zu sehen: Für die Sowjets ist die Frage dessen, was wir vielleicht unvollkommen, aber immerhin verständlich „politische Bundespräsenz“ in Berlin nennen, der entscheidende Punkt; und darum geht eigentlich das Ringen, das im Gange ist. Ich will nun zu dieser Frage ein paar Worte aus der Unterhaltung mit Ministerpräsident Kos-

18 Memorandum der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 27. Dezember 1961 in DzD IV/7 S. 1211–1222; Denkschrift der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR vom 21. Februar 1962 in DzD IV/8 S. 162–171.

19 Vgl. Anm. 16. Zu den Gesprächen Brandts mit Kossygin und Breschnew AAPD 1970 Dok. 387, 388 und 390.

sygin sinngemäß zitieren. Er sagte u. a.: „Was die Zugänge nach Berlin angeht, ist dies eine Sache der DDR und von Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR über diese Frage.“ Ich sagte ihm ganz klar etwa folgendes: „Selbst wenn Sie der Regierung der DDR einen größeren Kredit einräumen, als das von unserer Seite geschehen kann, ist ganz eindeutig, daß für uns die Vier Mächte eine bessere und verlässlichere Garantie für irgendwelche Arrangements darstellen, als etwa der gute Wille der Regierung der DDR.“ Ich kann nicht im einzelnen beschreiben, was etwa aus der Perspektive der Sowjets bei dieser politischen Bundespräsenz gerade noch erträglich oder akzeptabel wäre. Es kommt jetzt auch nicht darauf an, ob wir das hier ganz genau wissen. Diese Berlin-Verhandlungen sind Verhandlungen der Vier Mächte. Sie werden mitbeeinflusst durch die Bundesregierung, auch in einer bestimmten Verbindung der Bundesregierung zur Opposition. Ich möchte nur noch einmal unterstreichen, daß für uns der psychologische Faktor, den ich genannt habe, eine besonders große Rolle spielt. In mehreren meiner Unterhaltungen in Moskau wurde gesagt, daß, wenn man sich über diesen Punkt „politische Bundespräsenz“ geeinigt habe – das waren jetzt etwas mehr meine Worte, aber das, was jetzt kommt, sind die Worte anderer –, daß sie dann bereit sein würden, eine hundertprozentige Garantie für einen hindernisfreien Zugang nach West-Berlin zu geben. Wie hoch man das schätzen will, das kann offenbleiben. Ich will über das Berlin-Problem jetzt nicht im einzelnen sprechen, wie sich versteht.

Was den Vertrag und die Ansichten der Sowjetunion zum ihm angeht, muß man sich über eines klar sein: Wenn eine sehr große Macht einen bestimmten Entschluß gefaßt hat, nämlich am 12. August einen Vertrag zu unterzeichnen, so ist das natürlich ein Vorgang, der sehr stark auch mit ihrem Prestige verbunden ist; das muß man in richtiger Weise in die Überlegungen miteinbeziehen. Ich bin gelegentlich gefragt worden, wie stark das Problem Europäische Sicherheitskonferenz und die amerikanisch-russischen Verhandlungen unter der Bezeichnung SALT²⁰ eine Rolle gespielt hätten. Die haben eine relativ geringe Rolle mehr am Rande mancher Unterhaltungen gespielt. Das zeigt aber eigentlich nur, daß nach den Prioritäten, auch wenn Sie Prioritäten jetzt einmal zeitlich nehmen wollen, in den Augen der Sowjets dem Vertrag vom August eine besondere Bedeutung beikommt.

Ich möchte jetzt doch noch ein paar Worte über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Verbindungen sagen und dabei ins Auge fassen einmal die Unterhaltung mit Patolitschew darüber, ein bißchen auch die Unterhaltung mit Kossygin und dazu die beiden Besichtigungen, die ich vorgenommen habe im Turbinenwerk in Leningrad und im SIL-Werk, der großen Lastkraftwagenfabrik in Moskau. Ich will das jetzt nicht in allen Details darlegen. Ich habe großen Wert darauf gelegt klarzumachen, daß ich weder ein Vertreter der Wirtschaft sei, noch in irgendeinem besonderen

20 Die SALT I-Gespräche (Strategic Arms Limitation Talks) zwischen der USA und der UdSSR begannen am 17. November 1969 in Helsinki, die Konferenz über die Begrenzung der strategischen Rüstung wurde am 16. April 1970 in Wien eröffnet. Als Ergebnis der Verhandlungen unterzeichneten Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnew am 26. Mai 1972 den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missiles) und ein Interimsabkommen.

Interessenverhältnis stehe, sondern daß ich auch diese Dinge als Politiker betrachte und daß daher für mich das entscheidende bei bedeutenden Werken der Kooperation sei, ob sie wirklich eine Demonstration friedlicher Absichten beiderseits darstellten und wirklich zur Konsolidierung des Friedens beitragen. Ich schalte einen Moment zurück zum Gespräch mit Patolitschew. Patolitschew sagte – erst einmal scherzhaft: Die Diplomaten zerfallen für ihn in zwei Kategorien, in die einen, die sich für Wirtschaft interessieren und etwas davon verstünden, und in die Kategorie der anderen, die der Wirtschaft mehr oder weniger gleichgültig gegenüberstünden. Herr Allardt²¹, der mich bei fast all diesen Unterhaltungen begleitet hat, kriegt eine relativ gute Note dafür, weil er wirklich etwas von Wirtschaft versteht. Herr Patolitschew sagte – und das ist sehr interessant, vor allen Dingen, wenn wir glauben, daß die Sowjets für ein ganz bestimmtes Projekt nun absolut auf die Zusammenarbeit mit den Deutschen aus wären – ganz offen: sie seien sehr hartnäckige und schwierige Verhandler, sie hätten im übrigen nicht eine Kopeke – das ist der hundertste Teil eines Rubels – zu verschenken. Aber wenn sie sich geeinigt hätten, wie z. B. mit dem Generaldirektor von FIAT über das Projekt in Togliatti-Stadt²², dann hielten sie ihre Vereinbarungen bis zur letzten Kopeke. Die Auffassungen der Sowjets über die möglichen Ausmaße einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind sehr viel weitergehend als die unseren; ich sehe sie sehr viel reduzierter, als sie dort gelegentlich betrachtet werden. Aber es wäre völlig falsch, wenn jemand unter uns glauben wollte, daß die Sowjets mit Rücksicht auf wirtschaftliche Überlegungen geneigt seien, politische Konzessionen zu machen. Das sind Gedanken oder Erwartungen, die vielleicht jeder von uns schon einmal ausgesprochen hat, die man aber nur mit großer Differenzierung und sehr vorsichtig ausdrücken kann. Es fährt demnächst eine große und sehr wichtige Delegation aus deutschen Wirtschaftskreisen nach Moskau.²³ Ich habe in meinen Gesprächen ein paar mal darauf verwiesen, und die Herren mögen nun herausfinden, was nützlicherweise geschehen kann und was weniger nützlich ist. Wir werden uns erlauben, das im Lichte der Politik unseres Landes zu betrachten.

Auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist zur Sprache gekommen. Man muß hier auch hinsichtlich der Gedanken, die der eine oder andere in Wirtschaftskrei-

21 Dr. Helmut Allardt (1907–1987), Jurist und Diplomat; 1968–1972 Botschafter in Moskau. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1406 Anm. 66.

22 Die Vereinbarung zwischen den FIAT-Werken und der sowjetischen Regierung über die Fabrikation des Lada 1200 in Togliatti (Stawropol) kam am 5. Mai 1966 zustande. Vgl. AAPD 1967 S. 539 Anm. 2.

23 Otto Wolff von Amerongen reiste Ende Januar 1971 mit einer 14köpfigen Wirtschaftsdelegation in die UdSSR. Vgl. dpa vom 30. Januar 1970: „Wolff von Amerongen: Zukunftsperspektiven in Moskau erörtert“; Aktennotiz von Wolff von Amerongen über eine Sitzung mit Kossygin am 29. Januar 1971 in Moskau in ACDP 01–483–188/2. – Otto Wolff von Amerongen (1918–2007), Industriemanager; 1940–1986 Vorstandsvorsitzender des Otto-Wolff-Konzerns, 1955–2000 Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, 1969–1988 Vorsitzender des DIHT. Memoiren: Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft. München 1992; Peter DANYLOW/Ulrich SOÉNIUS (Hg.): Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik. München 2005.

sen hegt, ein bißchen vorsichtig sein. In der Sowjetunion waren deutsche Wirtschaftler, die sich etwa so geäußert haben: Also, Kinder, wir müssen uns bei den Geschäftsabschlüssen beeilen, denn nach dem Soundsovielten kommt die gemeinsame EWG-Außenhandelspolitik, und da muß vielleicht ein Stempel aus Brüssel unter alle möglichen Verträge kommen. – Es gab ohne Zweifel bei Patolitschew – das beschäftigt übrigens auch Kossygin – doch die Besorgnis, daß man in handelspolitischen Abmachungen durch die EWG und ihre weitere Entwicklung sehr geschädigt werden könnte. Ich habe dazu dem Sinne nach folgendes gesagt: „Mit den Italienern haben Sie gerade dieses große Projekt gemacht. Das Fahrzeug auf dem Mond hat ein französisches Ortungsgerät.“²⁴ (Man braucht das vielleicht nicht weiterzuerzählen, aber man soll das ruhig wissen.) „Sie werden es mit den Italienern, den Franzosen, den Briten und uns zu tun haben, und unsere Absichten bezüglich einer Verständigung über gemeinsame Handelspolitik in der EWG sind natürlich gänzlich unverändert, aber wir brauchen nicht anzunehmen, daß diese Länder nicht das Maß von eigener Entscheidung behalten möchten, was sie derzeit haben.“

Ich wollte bei dieser Gelegenheit noch einen Moment auf die Unterhaltungen eingehen, die sich an die Werksbesichtigungen anschlossen. Wir haben oft so die Meinung geäußert, daß die Sowjetunion bestimmte Dinge kaum oder überhaupt nicht machen könne und deswegen hochnotwendig angewiesen sei auf die Kenntnis westlicher Technologie und enge Verbindung mit ihr. Was die Zeiträume angeht, steckt darin wohl ein richtiger Kern, da braucht man gar nicht lange darüber zu sprechen. Aber ich möchte jetzt auf etwas hinweisen, was auch schon im Bericht eines sehr prominenten Mannes der deutschen Wirtschaft über seine Eindrücke in der Sowjetunion kürzlich bemerkt wurde: Eine große Macht, die in der Lage war, ein Fahrzeug auf den Mond zu befördern und es dort in Betrieb zu setzen, eine solche Macht kann natürlich auch aus eigener Kraft mehr Lastwagen bauen als bisher. Es handelt sich jeweils darum, wohin sie den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten legt.

Wenn ich jetzt noch einmal Gesprächspartner bewerten soll – das tue ich nur in diesem geschlossenen Kreise und nur mit einer gewissen Vorsicht –, dann würde ich sagen, Semjonow und Falin – der übrigens ein hervorragender Kenner der Deutschlandprobleme ist, was für Semjonow natürlich auch gilt – und Gromyko sind die Leute, die über jede Nuance dieser Vierer-Verhandlungen natürlich informiert und daran interessiert sind. Gromyko muß man aber einschätzen – dabei stütze ich mich u. a. ein bißchen auf Chruschtschow²⁵ – als die Spitze der sowjetischen Diplomatie und nicht so sehr als die Spitze etwa der sowjetischen Politik. Ministerpräsident Kossygin dagegen hat ganz in der Attitüde des gut unterrichteten Regierungschefs gesprochen und ein großes Interesse gezeigt u. a. an Fragen wie Ausbildung, Ausbildungsreform, Dauer der Ausbildung usw. Ich will die Einzelheiten hier jetzt nicht ausbreiten, das kostet

24 Am 20. Juli 1969 landete die amerikanische Apollo 11-Mission auf dem Mond.

25 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; ab 1953 erster Sekretär des ZK, ab 1958 Ministerpräsident, am 14./15. Oktober 1964 aller Ämter enthoben. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 894 Anm. 71.

vielleicht zu viel Zeit. Zum Schluß spielte in der Unterhaltung, als ich noch einmal EWG und ihre weitere Entwicklung – Beitritt Großbritanniens usw. – herausgestellt hatte, eine scherzhafte Bemerkung von ihm eine Rolle. Er hat gesagt, die Sowjetunion hätte einstweilen noch keinen Beitrittsantrag für die EWG gestellt. Ich habe ihm gesagt: „Herr Ministerpräsident, wenn Sie die Sache so scherzhaft hier darstellen, will ich Ihnen von einer anderen Rede erzählen, die ich gehört habe vor Jahren von Churchill in Aachen²⁶. Damals hatte Churchill in Aachen gesagt – übrigens zur größten Überraschung von Adenauer, der darauf erwidern mußte, denn Churchill hat das noch in der Nacht in die Rede hineingeschrieben, ‚er sähe den Tag kommen, an dem die Sowjetunion in die NATO eintreten würde‘.“ Nun gut, dies waren Churchillsche Ideen, nicht etwa meine und offensichtlich auch nicht die von Kossygin.

Meine Damen und Herren, wenn ich hier in diesem Kreise frage, was wir eigentlich als Resümee ziehen müssen, da würde ich eigentlich meinen, daß ich in den Grundsätzen, in der grundsätzlichen Linie, die wir beschlossen haben, eher gefestigt bin, und daß ich über ein höheres Maß von Anschauung an Ort und Stelle verfüge, als ich das bisher gehabt habe. Daß es eine großzügige Gastfreundschaft und große Liebenswürdigkeit gab, das steht auf einem anderen Blatt, das will ich nicht weiter herausstellen. Aber ich möchte meinen, daß solche Reisen und Begegnungen sehr gut sind. Ich möchte jetzt noch ein praktisches Stück anschließen. Ich will dem Kollegen Barzel nichts vorwegnehmen, was er vielleicht sagen wird, aber es handelt sich um die Parlamentarier. Ich bin der Meinung, daß wir es erreichen sollten, mehrere unserer Kollegen – natürlich aus allen Gruppen, ich denke hier nicht etwa nur an die CDU, ich denke schon gar nicht etwa allein an die SPD oder FDP – tatsächlich an Ort und Stelle Eindrücke sammeln zu lassen, Diskussionen zu führen. Es müssen natürlich die richtigen und die dafür geeigneten sein, und es muß geschehen in einer möglichst unbürokratischen Weise, um nicht erst erstickt zu werden in bürokratischem Gestrüpp – auf beiden Seiten wohlgemerkt. Solche unmittelbaren Eindrücke sind notwendig. Viele von uns kennen sicherlich die Vereinigten Staaten viel besser als die Sowjetunion. Das liegt auf der Hand, das hat seine guten Gründe. Aber es wäre absolut wünschenswert, wenn wenigstens einige von uns die Sowjetunion ein bißchen besser kennenlernen könnten an Ort und Stelle. Ich habe gesagt, daß das Studium von Akten und Informationstexten und eigenes Überlegen alles Dinge sind, die auch hier angestellt werden könnten und wir in sehr sorgfältiger Weise anstellen werden. Aber die Vorstellung von der Wirklichkeit verlangt, daß man sie an Ort und Stelle kennt.

Nun möchte ich schließen mit einem einzigen Gedanken noch, der mich sehr bedrückt. Er deckt sich mit einer Bemerkung, die ich eingangs gemacht habe. Der Gedanke, der mich sehr bedrückt und der jeden normalen Deutschen bedrücken muß, ist

26 Churchill wurde am 10. Mai 1956 mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet. In seiner Rede sagte er: „Eine neue Frage ist durch die kürzliche Entthronung Stalins in Rußland aufgetaucht. Wenn sie aufrichtig gemeint ist, haben wir es mit einem neuen Rußland zu tun, und ich selbst erblicke keinen Grund, warum, wenn dem so ist, das neue Rußland sich nicht dem Geiste dieses feierlichen Abkommens anschließen sollte.“ Text der Rede im Internet: <http://www.karlspreis.de/index.php?id=13&doc=7&r=4>.

folgender: Man fühlt geradezu in Moskau, soweit man es nicht weiß aus diesem und jenem Vorgang, daß unsere Landsleute aus dem anderen Teil unseres Vaterlandes, daß die Regierung in Ost-Berlin und ihre vielerlei Hilfskräfte in Moskau eine beträchtliche Aktivität entfalten. Es gibt dort z. B. den Ausdruck „Ulbricht-Lobby“. Ob das ein sehr schöner Ausdruck dafür ist, weiß ich nicht, aber man muß sich darüber klar sein. Man kann sich beim Nachdenken schon darüber klar werden, aber man muß das ein bißchen erlebt und gefühlt haben. In diesem Zusammenhang will ich nur einen Augenblick lang den Blick auf einen anderen Teil der Welt richten, nämlich auf Afrika. Wenn Sie die Vorgänge in Conakry²⁷ sehen, so wird natürlich überdeutlich, daß die anderen Deutschen, wo sie nur rumlaufen können, so schlecht über uns sprechen, wie das nur irgendwie möglich ist. Das hat einen Deutschen, das wird vielleicht noch mehr Deutschen in Conakry das Leben gekostet haben, aber das ist eine Tatsache, die für einen Politiker dieser Tage zu den bedrückendsten Tatsachen gehört, die es gibt. Und es wird nicht schaden, wenn wir auch das unseren sowjetischen Gesprächsteilnehmern klarzumachen versuchen, wie ich das getan habe.

Dies, meine Damen und Herren, ist weder eine systematische, sondern es ist eine vorläufige Skizze von Eindrücken. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, und wir können in die Diskussion darüber zu jeder Zeit eintreten.

BERICHT DR. RAINER BARZELS ÜBER SEINE WARSCHAU-REISE

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Anlaß und Begründung der Polen-Reise²⁸ haben wir auf der letzten Sitzung des Bundesvorstands in der „Lochmühle“²⁹ besprochen; ich brauche darauf nicht zurückzukommen. Es gab zwischendurch die Frage, ob der vorgesehene Termin eingehalten werden solle wegen der innenpolitischen Ereignisse dort. Wir haben uns entschlossen, bei der einmal gegebenen Terminzusage zu bleiben, was sich als richtig herausgestellt hat.

Die Kollegen von uns, die vorher dort waren, haben sich – wenn ich so sagen darf – als wirksame Eisbrecher bewährt. Man spricht von ihren Reisen. Wir hatten uns vorgenommen – und ich sage dies auch mit dem Blick auf einige Presseberichte –, dort so aufzutreten, daß im Auftreten bereits deutlich wurde, daß wir nicht in Sack und Asche kommen.

27 Am 22. November 1970 landeten fremde Truppen in der ehemaligen französischen Kolonie Guinea und besetzten die Hauptstadt Conakry. Präsident Ahmed Sékou Touré appellierte an die UNO und beschuldigte Portugal, Drahtzieher der Intervention zu sein. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Invasion, entsandte eine Kommission und verurteilte am 8. Dezember 1970 Portugal als Aggressor. Die Invasoren zogen sich am 23. November wieder zurück. Vgl. AdG 1970 S. 15915 f.; AdG 1971 S. 16048–16050; Interview von Walter Scheel am 21. Januar 1971 in der „Tagesschau“ zu den Anschuldigungen Guineas, auch Deutsche wären beteiligt gewesen (BPA/Abt. Nachrichten).

28 Barzel hielt sich vom 20. bis 23. Januar 1971 in Polen auf. Vgl. dazu GRAU S. 159 f.

29 Klausurtagung des Bundesvorstands vom 26. bis 28. November 1970. Ein Protokoll der Sitzung ist nicht vorhanden. Vgl. Nr. 11.

Das Programm war in einem einzigen Punkt nicht so wie bei der Ankunft vorgesehen – und das ist wichtig. Ich hatte gewünscht, außerhalb der politischen Gespräche etwas schönes zu sehen, nämlich moderne Malerei – das war möglich –, und ich hatte gewünscht, eine Fabrik zu besichtigen. Und als ich ankam, stand noch eine Fabrik mit Namen im Programm, doch diese Fabrik konnte ich nicht sehen, weil sie angeblich umgerüstet wurde. Ich habe dann scherzhaft gefragt, ob es nur eine in Warschau gäbe, worauf ich keine Antwort bekam. Ich habe dann auch nicht insistiert, weil dies ein Zeichen für die labile Lage war, die während der Gespräche zu spüren war.

Programm: Am ersten Tage zuerst ein Besuch bei dem Institut, das einlädt mit einer Menge von Herren. Dann Gespräche bei den stellvertretenden Außenministern Willmann³⁰ und Winiewicz³¹, immer getrennt. Dann ein Abendessen im Schloß Jablonna. Am nächsten Morgen eine Stadtrundfahrt, da stand ursprünglich diese Fabrik auf dem Programm. Ich habe einen Blumenstrauß niedergelegt bei dem Nike-Denkmal, nicht an anderer Stelle – das ist das Zeichen für das wiederaufstrebende Warschau aus der Zerstörung. Dann ein Besuch bei dem Ministerpräsidenten Jaroszewicz³², dann Rotes Kreuz, dann Planungskommission, dann mein Vortrag, abends ein Empfang, zu dem wir 100 Leute eingeladen hatten und bei dem wir 250 Gäste hatten. Ich habe dann am Donnerstag meine Begleiter offiziell gebeten, aus besonderen Gründen, die ich hier nicht darstellen möchte – das wird sicher jeder Mensch verstehen –, ich möchte am Freitagmorgen eine Heilige Messe hören. Damit wurde das natürlich bekannter, als es sonst geworden wäre. Man hat das richtig verstanden bei denen, für die diese Geste gemeint war. Darauf folgte der Besuch der Nationalgalerie, dann kam der Außenminister³³, dann kam ein Empfang durch den 1. Sekretär des Zentralkomitees, Gierek³⁴, und zugleich durch den Staatsratsvorsitzenden Cyrankiewicz³⁵. Es gab dann ein abschließendes Abendessen im Sejm durch den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses³⁶. Meine Frau hatte ein besonderes Programm, das so gut war, daß ich über-

30 Adam Willmann (geb. 1908), polnischer Politiker; 1955–1959 Botschafter in Ungarn, 1966–1969 Abteilungsleiter, 1969–1972 Staatssekretär im Außenministerium, 1972–1978 Botschafter in Finnland.

31 Jozef Winiewicz (1906–1985), polnischer Politiker; 1945–1947 Ratgeber der polnischen Botschaft in London, 1947–1955 Botschafter in Washington, 1955–1972 stv. Außenminister.

32 Piotr Jaroszewicz (1909–1992), polnischer Politiker; 1945–1950 stv. Verteidigungsminister, 1952–1970 stv. Ministerpräsident, 1954–1956 Minister für Bergbau, 1970–1980 Ministerpräsident.

33 Stefan Jedrychowski (1910–1996), polnischer Politiker; 1945–1947 Minister für Schifffahrt und Außenhandel, 1952–1957 stv. Ministerpräsident, 1968–1971 Außenminister, 1971–1974 Finanzminister.

34 Edward Gierek (1913–2001), polnischer Politiker; 1954–1956 Leiter der Sektion für Schwerindustrie im Sekretariat des ZK in Warschau, 1957–1970 Erster Parteisekretär der Wojwodschaftsorganisation Kattowitz, 1970–1980 Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

35 Jozef Cyrankiewicz (1911–1989), polnischer Politiker; 1946/47 Minister ohne Geschäftsbereich, 1947–1972 Abgeordneter im Sejm, 1947–1952 und 1954–1970 Ministerpräsident.

36 Jozef Ozga-Michalski (1919–2002); polnischer Politiker; 1947–1949 Vorsitzender der Militärkommission des Sejm, 1949–1952 des Komitees für Nationale Verteidigung, 1952–1956

haupt nicht wage, es hier vorzutragen, weil wir nie imstande wären, unseren ausländischen Gästen so etwas zu bieten – im Chopin-Museum ein Extra-Konzert. Wann machen wir so etwas im Beethovenhaus in Bonn?

Zum Abflug habe ich öffentlich erklärt, weil damit praktisch die Gespräche begannen, denn ich hatte natürlich anders, als ich mir das gedacht hatte, viel mehr Publizität und mußte deshalb auch immer über die Presse natürlich schon etwas sagen, daß ich – weil das noch immer eine Rolle spielte, man wollte mich ermuntern, noch zusätzlich ins Land zu fahren, womit die einen natürlich etwas anderes meinten als ich – keine Zeit hätte, ins Land zu fahren und daß ich auch nicht meine ostpreußische Heimat besuchen würde, bevor nicht alle meine Landsleute auf ganz normalem Wege dorthin fahren könnten. Und ich habe gleich zu Anfang gesagt, daß die Meinungen auseinandergehen, daß die Familienzusammenführung rückläufig sei und ähnliche Punkte. Einige von Ihnen werden das gehört haben.

In Warschau angekommen, fand ich dort einen Leitartikel der Regierungszeitung „Zycie Warszawy“³⁷, der sich also mit meinem Besuch beschäftigte. Und man sagte zunächst, daß die Tatsache, daß ich käme, ein Beweis sei für den Prozeß der Vorbereitung zur Normalisierung. Wir wissen, daß dort jedes Wort gewogen und abgestimmt wird. Es kam dann eine persönliche Würdigung, die ich hier nicht vortragen kann. Dann heißt es, die Einladung ist ein Beweis, „daß wir einen konstruktiven Dialog mit allen im Bundestag vertretenen verantwortlichen politischen Kräften aufnehmen wollen. Wir wissen, daß der Vertrag von Herrn Dr. Barzel kritisiert wird. Die politische Grundlinie Herrn Dr. Barzels ist uns seit vielen Jahren gut bekannt. Wir geben uns keinen Täuschungen hin. Es kommt ein Politiker, dessen Auffassungen und Interessen sich von unseren unterscheiden. Die von ihm in Warschau zu führenden Gespräche werden Beweis für die Möglichkeiten sein, die die Billigung der friedlichen Koexistenz eben unter den Bedingungen der Unabänderlichkeit des sozialistischen Systems auf unserem Kontinent eröffnen. Das Bewußtsein der grundlegenden Unterschiede zwischen den Ansichten Herrn Dr. Barzels und seiner politischen Freunde und uns steht nicht im Widerspruch mit dem Versuch, einen gemeinsamen Nenner für eine, wenn auch nur einen schmalen, jedoch wesentlichen Bereich von Fragen betreffende Verständigung zu finden.“ Dieser letzte Satz wurde von westlichen Beobachtern in Warschau besonders beachtet.

Zu den Gesprächen, denen die polnische Presse und das polnische Fernsehen ungewöhnlich breiten Raum einräumten, ist zu sagen: Es gab natürlich viele Versuche, auf die verschiedenste Weise meine Meinung zu ändern oder mir irgendwelche Zusagen zu entlocken. Das ist natürlich nicht gelungen, auch nicht bei Trinksprüchen oder ähnlichen Gelegenheiten.

Am ersten Tag bei den Gesprächen im Institut begann es mit allgemeinen Dingen.

Vizemarschall des Sejm, 1969–1972 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, 1972–1976 stv. Vorsitzender des Staatsrates.

37 Vgl. dpa vom 19. Januar 1971: „Polnische Presse erörtert Barzel-Besuch und Reichsgründung“; Anhang zum BPA-Nachrichtenspiegel vom 20. Januar 1971 „Polnische Presse erörtert Barzel-Besuch“.

Und da war es gleich in den ersten fünf Minuten nötig, ein sehr deutliches Wort zu sagen, nämlich daß ich nicht die Absicht hätte, irgend etwas anderes zu sagen als in Bonn. Und als dann noch eine Erwiderung von einem Juristen kam, habe ich gesagt: „Wir beide wissen doch, daß Druck, Drohung und Erpressung völlig ausscheidet unter Ehrenmännern.“ Das war dann ganz befreiend, weil das natürlich sich alles herumspricht dort. Wir haben dann mit Herrn Willmann die praktischen Fragen erörtert, mit Herrn Winiewicz grundsätzliche Fragen des Vertrages und der Politik. Und es gab abends ein Essen, das eine große Werbung um meine Mitarbeiter, meine Frau und mich war.

Am zweiten Tag bei der Zusammenkunft mit Herrn Ministerpräsident Jaroszewicz, einem Mann, den die meisten von uns ja nicht kennen, der mehr den Eindruck eines Ingenieurs als eines Politruks macht, der sachlich und klar ist, sagte Jaroszewicz, die Grenzanerkennung sei das Probemaß unseres guten Willens. Nur so könnten wir ihn beweisen. Das sei die Grundlage für alles. Die Normalisierung hänge ab von der Ratifizierung. Und es gab auch sonst einige recht harte, historische und ideologische Argumente. Er hatte einen Text aufgeschrieben, anhand dessen er seine Einleitung machte. Ich habe dann unseren Standpunkt sehr deutlich dagegen gesetzt und ihm gesagt, ich würde ihm raten, die Zeit zu nutzen und mit praktischen Dingen anzufangen, denn es sei ihm sicher nicht verborgen geblieben, daß der Bundesaußenminister erklärt habe, er habe für diesen Vertrag keine Mehrheit.³⁸ Und ich habe dann, als das noch etwas steiler wurde, dargetan, daß unsere Politik eben ganz anders gewesen sei als die der gegenwärtigen Regierung. Wir hätten gesagt, sichert zuerst Berlin. Die Berlin-Gespräche hätten bekanntlich durch die Vier Mächte angefangen zu Zeiten der Regierung Kiesinger. Und auch der Bundeskanzler Kiesinger hätte gesagt nach dem Gomulka-Appell vom Mai 1969³⁹, wir wollten das Gespräch nach den Wahlen aufnehmen. Das wäre unsere Politik gewesen. Die Bundesregierung hätte etwas anderes gemacht. Sie hätte ein Problem, das nur uns beide angeht, in Moskau zum Gegenstand von Verhandlungen und Abreden gemacht und außerdem das Paket in einem einheitlichen Ganzen geschnürt. Damit seien die deutsch-polnischen Probleme in Sachzusammenhänge gekommen, die über die bilateralen Probleme hinausgehen. Ich habe dann dargetan, warum und aus welchen Gründen wir nichts machen würden ohne innerdeutsche Verbesserungen. Ich wurde dann gefragt, wann die Ratifikation kommt. Ich habe daraufhin gesagt, bei dieser Politik ist es völlig ungewiß, ob es überhaupt je einen Zeitpunkt dafür geben werde, und ich habe unseren Fraktionsbeschluß erläutert, vor allen Dingen den, daß wir jeden einzelnen Vertrag etwa sofort geschlossen ablehnen würden. Mein Vorschlag sei, mit praktischen Dingen anzufangen, und wenn seine

38 Vgl. Interview Scheels im „Bericht aus Bonn“ am 8. Januar 1971 (BPA/Abt. Nachrichten).

39 Gomulka formulierte am 17. Mai 1969 in einer Rede vor Wählern in Warschau die polnische Haltung zur Bonner Ostpolitik und die Bedingungen für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik. Vgl. AdG 1969 S. 14704–14706; „Frankfurter Neue Presse“ vom 19. Mai 1969 „Gomulka und die Tatsachen“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 20. Mai 1969 „Gomulkas Offerter“; Abdruck der übersetzten Rede in Ausschuß-Drucksache V/69 des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Regierung dazu bereit sei, dann würde ich gerne am nächsten Tag bei den abschließenden Gesprächen irgendwelche verbindlichere Formulierungen haben. Wir könnten zwar kein Kommuniké machen, weil wir keine Regierung seien, aber ich sei es nicht gewohnt, irgend etwas zu sagen, was zu weit geht oder zu wenig weit geht und dann hinterher etwa dementiert wird.

Zu den praktischen Dingen einige Informationen, die nicht allen von uns geläufig sind, die auch z. T. vertraulich sind, aber es sind nur wirklich verifizierbare Fakten.

1. Familienzusammenführung: Seit dem September des letzten Jahres gab es eine wesentliche Drosselung. In den letzten 15 Jahren gab es im Durchschnitt 700 Personen je Monat. Seit September 1970 sank die Zahl auf 200. Ich habe dies zur Sprache gebracht, und man hat mir dann beim Ministerpräsidenten gesagt – und das war neu, die Bundesregierung war ganz aufgescheucht –, daß also am 24. Januar 3.000 Anträge bewilligt seien. Und das ist natürlich sicher ein Teil der Zurückgehaltenen, weil man versucht hat, mir diese Nachricht zu geben. Na schön! Dann das Problem der Nachteile für die Leute, die solche Anträge stellen und der jahrelange Kampf. Ich habe das auch beim Roten Kreuz besprochen. In der Abschlußbesprechung haben Herr Gierek und Herr Cyrankiewicz mir gesagt, es würde niemand einer Schikane oder einem Nachteil unterliegen, wenn er einen solchen Antrag stelle. Meine Frage, ob ich dies öffentlich sagen könne, beantwortete man, man bäte mich darum. Ich habe es deshalb gestern in der „Rundschau am Sonntag“⁴⁰ gesagt. Man wird dann ja sehen, was Worte gelten. Die Verbindungen sind gut genug, um das festzustellen. Wir tun gut daran, Worte nicht in Frage zu stellen bis zum Beweis etwa vom Gegenteil. Die nächste Frage: Wie erfährt eigentlich ein Interessierter, welche Möglichkeiten es nun gibt, ist nach wie vor unbefriedigend geblieben, weil ja auch das Rote Kreuz nicht direkt schreibt. Darüber wird in der nächsten Woche weiter verhandelt. Und es war auch so abgesprochen mit dem Roten Kreuz, daß ich in dieser Frage nicht weitergehe. Der politische Punkt, keine Schikanen, war wichtig. Das Rote Kreuz hat 270.000 Anträge, von denen sicherlich nicht alle unter die vereinbarten Kategorien fallen. Eine Geschichte am Rande: Als ich aus dem Roten Kreuz herauskam, war ein Pole dort, der mit mir sprechen wollte wegen Familienzusammenführung. Ich fragte ihn nach seinem Wunsch. Der Herr war nicht imstande, ein einziges Wort Deutsch zu sprechen. Da Journalisten das mitbekommen hatten und fotografierten, erhielt der Mann am nächsten Tag – obwohl er, unter uns gesagt, wahrscheinlich nicht unter die Kategorien fällt – die Ausreisegenehmigung und wird wohl in acht Tagen hier sein.

2. Minderheitenrechte (d. h. die Rechte der Deutschen dort): Es ist ganz klar, daß hier ein Zusammenhang besteht. Es ist ja auch nicht in unserem Interesse, daß nun alles da ausreist. Und es besteht ein Zusammenhang, daß die Bedingungen für die Deutschen und Deutschpolen, die wir formulieren wollen, so sind, daß sie dort bleiben wollen. Das war ein Punkt, den sie besonders ungern hörten, wenn man von Minderheitenrechten sprach. Aber ich habe dartun müssen, daß in Fragen der Sprache, der

40 Vgl. „Kölner Rundschau am Sonntag“ vom 24. Januar 1971 „Barzel: Normale Beziehung zu Polen vor Ratifizierung“.

Schulen, der Zeitschriften und der Vereinigungen wir in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, in Ungarn und Rumänien bessere Wirklichkeiten für die Deutschen haben als in Polen. Und wenn es daraufhin immer hieß, „wir haben keine Deutschen hier“, dann war ich in der hervorragenden Lage, die Definition vorzulesen, die im polnischen Statistischen Jahrbuch über die Auslandspolen gegeben wird. Danach leben 132.000 Polen in der Bundesrepublik Deutschland, die hier alle Rechte für Vereinigungen, Sprache, Schulen usw. haben, die wir öffentlich sogar finanzieren. Und die Definition der Polen nach dieser polnischen amtlichen Quelle heißt: „Personen polnischer Nationalität und Personen polnischer Abstammung (d. h. in Polen geborene oder von in Polen geborenen Eltern Abstammende) oder diejenigen, die die polnische Sprache als Muttersprache erklären.“ Wenn sie diese Definition in Polen gelten lassen würden, würde es dort sicher 2 Mio. Deutsche geben.

3. Reiseverkehr: Das ist ein peinlicher Punkt, denn wenn die Polen immer sagen, „das können wir nicht machen, wir haben keine Hotels, Sie kennen unser Land“, dann kommt natürlich die Antwort, „Verwandte rücken zusammen, wenn sie sich sehen können, die gehen sowieso nicht ins Hotel“. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt, damit hat man doch über Jahre versucht, uns zu vertrösten. Ich habe dann immer gesagt, „wenn Sie normalisieren wollen, können Sie unmöglich für die DDR Visa-Freiheit haben und für uns nicht“. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, und die Zahlen hierzu sind so – und das ist wichtig, weil der Bundesregierung zugesagt ist, unser Reiseverkehr würde so behandelt wie der anderer westeuropäischer Länder – im Jahre 1969 (neuere Zahlen gibt es für uns nicht) aus Großbritannien nach Polen 27.000, aus der Bundesrepublik Deutschland nach Polen 25.000, aus Italien 12.000, aus der DDR 542.000. Das ist keine Relation. Wenn man diese Zahlen etwa im Bundestag vortrüge, wäre aus ganz anderen Gründen diese Sache nicht mehr durchzuhalten. Man war sehr peinlich berührt von diesen Zahlen und hat sich bemüht, mir bei der Abreise noch zu sagen, daß aber im Jahre 1970 bereits 36.000 Mitbürger von mir in Polen gewesen seien.

Wirtschaftliche Fragen brauche ich hier nicht im einzelnen darzutun. Ich traf auf die hervorragende Vorarbeit anderer Kollegen. Man sagte, da wir dies wollten und wir die Partei seien, bei der die Industrie orientiert sei, wolle man mir unseren Wunsch, eine Industrie- und Handelskammer zu gründen, sofort bewilligen. Sie wissen, daß das alles Punkte sind, die nicht im Kommuniqué von Brandt⁴¹ enthalten sind.

Den Besuch beim Planungsamt hätte ich also allen Kollegen von uns gewünscht, ich glaube von uns weniger – einigen vielleicht –, aber vor allem allen Linkssozialisten Deutschlands, denn der Planungsstab hat – und das muß sicherlich besonders unter uns bleiben – besondere Bedeutung in seinem System der Gewinnermittlung. Das ist ein entscheidender Punkt zur Beurteilung der wirtschaftlichen Fortschritte. Und wir haben dann lange über den Gewinn diskutiert, der unerläßliches Mittel jeder Wirtschaftspolitik sei. Ich glaube, man muß da Jungsozialisten hinschicken. Dann kam mein Vortrag, dessen Text Sie kennen.⁴² Der Saal war überfüllt, und es waren – wie

41 Vgl. BULLETIN Nr. 172 vom 9. Dezember 1970 S. 1877 f.

42 Vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Rainer Barzel –

man mir sagte von amtlicher Seite – auch Herren angereist aus anderen Hauptstädten des Warschauer Paktes. Für die Polen war dies ein Abenteuer, denn es war eine ziemlich große Zahl von Zuhörern dort. Sie wußten vorher nicht, was ich sagen würde, es sei denn, sie haben sich das vorher auf anderem Wege beschafft, und für mich war die Diskussion – sagen wir mal – beste Wahlkampfereignis. Ich habe dort, wie Sie gelesen haben, auch unseren Antrag in die Diskussion eingebracht und begründet, so daß keinerlei Mißverständnisse entstehen konnten. Die Diskussion war sehr hart, und ich glaube, ich brauche Sie Ihnen nicht vorzutragen.

Am Tage darauf erschien wieder in der Regierungszeitung ein Leitartikel von Herrn Richard Wojna⁴³ aufgrund dieses Vortrages, den ich gehalten hatte. Der Text liegt uns hier vor⁴⁴ und ist natürlich für den, der Warschau kennt und weiß, wer dort mit wem zusammengeht, von besonderem Interesse. Es hieß darin: „Es ist kein Geheimnis, daß der von Dr. Barzel vertretene Standpunkt in vielen grundlegenden Fragen nicht mit dem polnischen Standpunkt übereinstimmt und nicht übereinstimmen kann. [...] Wir stimmen mit Herrn Barzel darin überein, wenn er die historische Bedeutung der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern hervorhebt. [...] Wir tragen sowohl vor unseren Völkern als auch vor ganz Europa die gemeinsame Verantwortung, einen solchen Zustand zu schaffen, in dem die Beziehungen zwischen Polen und der BRD zu einem Eckpfeiler einer europäischen Friedensordnung werden würden.“ Es wird dann besonders gewürdigt der Satz, den ich eben noch einmal wiederholt habe und der auch in unserer Resolution steht, daß wir nicht die Absicht hätten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Dies sei wohl doch mehr als eine Redewendung. Und es wird dann mit einem sehr freundlichen Schluß eigentlich gesagt, es sei ein sinnvoller Besuch gewesen. Ich erwähne diese Dinge auch, weil die natürlich in der Berichterstattung westlicher Botschafter an ihre Regierungen eine Rolle spielen. Wegen des Drucks aus diesen Ländern in dieser Frage ist das, glaube ich, ganz wichtig.

An dem letzten Tag – wie gesagt – fand morgens diese Heilige Messe statt, dann das Museum, und ich habe es dann für richtig gehalten, im Laufe des Vormittags den ersten Teil, als solchen deklariert, eines Abschlußkommunikés von mir zu veröffentlichen⁴⁵, weil ich damit einen gewissen Einfluß nehmen wollte auf das, was der zweite Teil sein könnte. Der erste Teil heißt: Der Zweck meiner Reise ist erfüllt. Es ging darum, erstens den Willen der CDU/CSU zur Aussöhnung zu bekunden und die Meinung der CDU/CSU zu erörtern, zweitens Motive und Meinungen der Verantwortlichen in

Vortrag vor dem Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau am 21. Januar 1971 (ACDP Dokumentation AO Barzel/Reise). Vgl. auch „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. Januar 1971 „Deutsche und Polen können Modelle für Europa entwickeln“; „Rheinische Post“ vom 22. Januar 1971 „Polen prüft Barzels Vorschläge“.

43 Ryszard Wojna (1920–2003), polnischer Publizist; 1975–1980 Abgeordneter im Sejm.

44 Abdruck des am 22. Januar 1971 in „Zycie Warszawy“ veröffentlichten Kommentars in BPA/Ostinformationen. Vgl. auch „Flensburger Tageblatt“ vom 23. Januar 1971 „Polnische Presse zu Barzel“.

45 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 23. Januar 1971 „Rainer Barzel: Der Zweck meiner Warschau-Reise ist erfüllt“.

Polen gründlich und unmittelbar kennenzulernen, drittens mit einer praktischen Politik der Verständigung zu beginnen und durch konkrete Maßnahmen den Willen zur nachbarschaftlichen Zusammenarbeit zu beweisen. Die Gespräche waren sachlich, offen, gelegentlich hart und immer begleitet von dem Wunsch, sich gegenseitig zu verstehen und möglichst gemeinsame Auffassungen zu finden. Das gelang nicht in allen Fragen. Ich habe immer wieder betont, daß zu einer europäischen Friedensordnung nicht nur der Ausgleich zwischen Deutschen und Polen, sondern auch die Lösung der deutschen Frage gehöre und daß zwischen Deutschen und Polen eine geduldige Politik nötig sei, die durch bessere Wirklichkeiten für die Menschen Voraussetzungen für reale Entspannung schaffe. Nach meiner Meinung geht es dabei u. a. um folgende Fragen: Familienzusammenführung und Lage der Deutschen in Polen, deutsch-polnisches Jugendwerk, deutsch-polnische Handelskammer, Durchlässigkeit der Grenzen, besserer wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und künstlerischer Austausch. Die praktischen Dinge seien jetzt und unabhängig vom Vertrag vom 7. Dezember 1970 möglich und nötig.

Ich ging dann zum Außenminister, und da haben wir meinen Vortrag diskutiert. Dies war ein ziemlich hartes Gespräch, bei dem natürlich dieser erste Teil des Presse-kommuniqué's inzwischen bekannt war, und ich war persönlich pessimistisch, weil dies das erste Gespräch war, bei dem nur Kaffee, nicht zugleich aber auch Cognac angeboten wurde. Wir gingen dann zu den Herren Gierek und Cyrankiewicz, die das umgeändert hatten auf einen Empfang im Sejm. Das war also dann die noch größere Form. Ich darf sagen, daß Herrn Cyrankiewicz' Charakterisierung bekannt genug ist. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Herr Gierek ist, glaube ich, ein souveräner Mann. Dem stehen die Sorgen im Gesicht. Er ist ein harter Mann, und er ist, glaube ich, vor allen Dingen diszipliniert und eben auch mehr der Typ des Technokraten als des Politruks, aber ein ganz klar ideologisch argumentierender Mann. Das ging also mit allen Ordens- und Ehrenzeichen, wenn ich so sagen darf, vor sich. Die Herren fragten mich, „was ist nun Ihr Eindruck?“, während in allen anderen Gesprächen erst mal eine längere Belehrung stattgefunden hatte. Ich habe dann also meinen Eindruck zusammengefaßt, und daraufhin dachte ich, ich falle vom Stuhl, denn Herr Gierek sagte: „Also bitte, ratifizieren Sie den Vertrag schnell und helfen Sie dabei.“ Meine Forderungen gingen alle vom falschen Ende aus. Man müßte erst die Grenzfrage in Ordnung bringen. Dies sei das einzige Land mit einer umstrittenen Grenze. Ich habe daraufhin erwidert, wir seien das einzige Land, das mit Gewalt an Einheit und Zusammenleben gehindert sei. Wir müßten auf Europa sehen. Es würde keine europäische Sicherheitskonferenz ohne Lösung aller Streitfragen geben. Er habe hoffentlich nicht vergessen, was ich in den früheren Gesprächen gesagt habe, was ihm sicher bekannt sei, daß Herr Scheel mitgeteilt habe, es gäbe keine Mehrheit und hinsichtlich der Zusammenhänge dieses Vertrages mit den anderen sei ihm die Lage ja wirklich bekannt. Ich habe sie ihm auch noch einmal erläutert. Ich habe dann gleich gesagt, meine Position sei ihm bekannt. Ich habe gestern beim Ministerpräsidenten gesagt, wenn wir konkrete Mitteilungen zu machen haben, dann möchte ich gerne wissen, was ich der Presse zu sagen habe, denn ich habe nicht die Absicht, den Mund zu voll zu nehmen oder etwas zu

verschweigen, was man mir zugesagt habe. Es würde jedes, wie immer ich zurückkäme und was immer ich gleich anschließend der Presse sage, natürlich von Einfluß sein. Dann gab es ein ziemliches Hin und Her, das ich Ihnen und mir ersparen möchte, und ich habe dann einfach gefragt, ob meine Eindrücke richtig seien, die ich wie folgt zusammenfassen möchte, und habe das vorgelesen: 1. die Familienzusammenführung zu verbessern und zu beschleunigen; 2. eine deutsch-polnische Handelskammer zu gründen; 3. den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch zu fördern; 4. den deutsch-polnischen Jugendaustausch zu entwickeln und zu vermehren; 5. den Reiseverkehr zu erleichtern. Und ich habe hinzugefügt, hinsichtlich der Beurteilung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 und seiner Zusammenhänge gehen die Meinungen nach wie vor auseinander.

Dieser Text, so wie ich ihn hier habe, hat dann eine Rolle gespielt. Er ist dann miteinander besprochen worden, sage ich mal, in einigen Vokabeln verändert und anschließend dann von mir vor der Presse mitgeteilt worden. Am Tage darauf hat die polnische Regierungszeitung diese Punktation als meinen Eindruck in der Regierungspresse auf der ersten Seite gehabt. Ohne Kommentar, mit einem Bild. Der Rest des Gespräches verlief dann über unwichtigere Frage, aber nicht nur höflich, sondern in großem Respekt.

Bei der Rückkehr habe ich dann eine Erklärung abgegeben, die ich hier nicht vorzulesen brauche. Sie haben sie wahrscheinlich zum größeren Teil gehört oder gelesen. Ich habe der „Rundschau am Sonntag“ das mit den „keine Schikanen“ übermittelt.⁴⁶ Ich glaube, wenn man resümiert, kann man diese schwierige Reise als einen Erfolg bezeichnen, auch hinsichtlich des Westens. Denn wenn man so reagiert, wie dies drüben geschehen ist, so wird es nicht mehr möglich sein, was ja in der Bundestagsfraktion eine große Rolle in der Debatte spielte, zu sagen etwa, wir seien Warschau gegenüber moralisch in Mißkredit und ähnliche Dinge, also völlig isoliert. Wir sollten nun die Ergebnisse abwarten; Ergebnisse, die, wenn Sie die Texte vergleichen etwa des Abschlußkommuniqués von Brandt und die des Nicht-Kommuniqués meiner Eindrücke, natürlich sehr viel konkreter und weitergehend sind. Und das war wohl auch die Absicht der Polen.

Ich glaube des weiteren, daß die Reisen des Kollegen Dr. Schröder und von mir, die sicherlich im Oktober und noch bis Anfang November, wenn unsere Informationen stimmen, von keinem Ostblockland so akzeptiert worden wären, ein Beweis dafür sind, daß man im Warschauer Pakt begreift, daß die Mehrheit für dieses Vertragswerk nicht vorhanden ist und daß der Versuch, der hier betrieben worden ist, uns aufzuteilen in gute und böse Deutsche und die totale Konfrontation hier zu bewirken, aufgebrochen worden ist. Und das ist, glaube ich, ein großer Erfolg für die Politik der Union, international gesehen, und wird sich auch innenpolitisch niederschlagen. Mein Eindruck ist in einem Punkt wie der vom Kollegen Dr. Schröder. Ich glaube, es lohnt sich, in Bonn so zu sprechen wie an anderen Orten, aber dann nach der Rückkehr auch

46 Vgl. Anm. 40.

hier so zu sprechen, wie man an anderen Orten gesprochen hat. Und wenn man sich kennt, meine ich, fällt das Schimpfen aufeinander eben schwerer.

Zur Sache noch eine Bemerkung – ich bin nicht ganz sicher, ob wir das mal vortragen haben. Ihnen ist bekannt, daß es im Oktober Bemühungen gab, eine gemeinsame Polen-Position zwischen Regierung und Opposition aufzubauen.⁴⁷ Und Ihnen ist bekannt, daß wir mal öffentlich gesagt haben, die Regierung habe sich geweigert, ihre Position auch nur zu überprüfen, obwohl wir gar nicht so schrecklich weit auseinander waren. Ich möchte aus dem entscheidenden Brief von uns zwei Sätze vorlesen.⁴⁸ Das ist ein Brief, den wir nach Abstimmung in der Führung und mit den Sachverständigen geschrieben hatten am 26. Oktober 1970 an die Regierung. Da heißt es: „Wir vermissen den klaren Friedensvertragsvorbehalt. Zu den anderen Fragen, die in unserem Beschluß behandelt sind, müßten Abreden, zumindest verbindliche Absichtserklärungen, beider Vertragspartner erfolgen.“ Nun, die Abreden konnte nur die Regierung erreichen. Und ob das, was man mir gegeben hat, Absichtserklärungen sind oder mehr, wird die Zukunft zeigen. Wir können dies abwarten. Es sind nicht alle unsere Punkte so erfüllt, wie wir sie formuliert haben. Aber wir sollten nicht leugnen, daß einiges zugesagt ist. Das, was nun bleibt – und damit kommen wir auch in dieser Sache zur Kernfrage – ist der Friedensvertrags-Vorbehalt, von dem wir nicht weggehen können. Das ist dasselbe Problem wie die nichtvölkerrechtliche Anerkennung, das ist das Problem wie Berlin. Und damit sind wir an einem Punkt, der es uns erlaubt, auf den wesentlichsten Punkt der Ostpolitik abzuheben. Und da kommen wir dann auch wieder in die Offensive. Das ist die Lage der Deutschen in Deutschland. Und das, glaube ich, war der Sinn dieser Reise. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

47 Vgl. Nr. 10 Anm. 13.

48 Vgl. AAPD Dok. 490.